

UOKG e.V. - 10365 Berlin – Ruschestr. 103, Haus 1

Bürgermeister der Stadt Oranienburg
Alexander Laesicke
Schloßplatz 1, Haus I
16515 Oranienburg

Vorstand

Vorsitzender:
Dieter Dombrowski,
Landrat a.D.

Stellvertretende Vorsitzende
Roland J. Lange
Carla Ottmann

Geschäftsstelle:

Ruschestraße 103, Haus 1, R. 619
D-10365 Berlin

Tel: (030) 55779351

Fax: (030) 55779340

E-Mail: info@uokg.de

Info: www.uokg.de

Geschäftszeiten

Mo – Fr: 10 – 16 Uhr

Betreff: Straßenbenennung Giesela Gneist

Donnerstag, 2. Dezember 2021

Sehr geehrter Herr Bürgermeister,
sehr geehrter Herr Stadtverordnetenvorsteher,
sehr geehrte Damen und Herren Stadtverordnete,

ich möchte Sie im Namen der SED/SBZ-Opferverbände bitten Ihren Beschluss zur Benennung einer Straße nach Giesela Gneist nicht zu widerrufen.

Das Ihnen vorliegende Historikergutachten liefert für eine erneute Entscheidung keine ausreichenden Gründe. Gerade für die Generation, die ihre Jugendzeit in der NS-Zeit verbracht hat, war es nicht leicht sich als Kinder und Jugendliche dem allgemeinen Trend zu entziehen. Wenn Giesela Gneist als Mädchen beim BDM mitgemacht hat, kann ich darin keine NS-Karriere erkennen.

Wer ist jemals auf die Idee gekommen, die Integrität von Helmut Schmidt oder Richard von Weizsäcker als Wehrmachtsoffiziere in Frage zu stellen? Wer kommt auf die Idee die Integrität, das Schaffen und Wirken von Günter Grass für die Demokratie in Frage zu stellen, weil er in seiner Jugendzeit kurzzeitig Mitglied der SS war?

Vielmehr kommt es wohl darauf an, das gesamte Leben eines Menschen zu bewerten. Wenn wir bei der Aufarbeitung des SED-Unrechts genauso verfahren würden, wie es die Maßstäbe tun, die bei Giesela Gneist angelegt werden, dann werden wir die Deutsche Einheit zwischen den Bürgerinnen und Bürgern auf absehbare Zeit nicht vollbringen.

Sich mit Herrn Prof. Morsch kritisch auseinander zu setzen, ist kein Sakrileg. Herr Prof. Morsch musste sich während seiner aktiven Zeit als Leiter der Gedenkstätte Sachsenhausen auch im Kulturausschuss des Landtages Brandenburg kritischen Fragen stellen, weil er die Opfer des sowjetischen Speziallagers von 1945 bis 1950 nicht ausreichend in Gedenken und Aufarbeitung mit einbezogen hatte.

Auch wenn das NS-Unrecht nicht mit dem Unrecht der Sowjets und der SED gleichgesetzt werden kann, so bleibt doch festzuhalten, dass staatlich organisiertes Unrecht Unrecht bleibt, egal welche vermeidlichen Legitimationen als Begründung herangezogen werden.

Ich möchte Sie bitte diese Gedanken in Ihre Überlegungen einzubeziehen.

Anbei finden Sie darüber hinaus eine Stellungnahme des Historikers Dr. Christian Sachse.

Mit freundlichen Grüßen

Dieter Dombrowski
Bundesvorsitzender

